

Kirche Kirchen und Christen im Irak

Eine politisch-humanitäre Herausforderung

– von Volker Kauder –

BILD: © CDU/CSU-BUNDES-
TAGSFRAKTION

*Flüchtlings-
lager der
Vereinten
Nationen
für Binnen-
flüchtlinge,
überwiegend
Christen und
Jesiden, bei
Dohuk/ Region
Kurdistan-Irak,
November 2014.*



Den Christen im Irak fühle ich mich schon seit langer Zeit tief verbunden. Ihr Schicksal ist wie ein Menetekel für das Leid, das Christen und andere religiöse Minderheiten danach auch beim Auseinanderfallen anderer nahöstlicher Staaten erleiden mussten – und müssen. Denn wie der Irak, so sind auch andere arabische Länder in der Region – der Libanon, Jordanien und Syrien – durch die Tatsache gekennzeichnet, dass hier viele verschiedene ethnische und religiöse Gruppen zusammenleben. Dieses Zusammenleben hat eine lange Geschichte und Tradition, es prägt auch das Gesicht und die Verfasstheit dieser Staaten. Allerdings war dieses Zusammenleben schon immer brüchig und durch Konflikte um Vorherrschaft geprägt – zumeist zwischen den Strömungen des Islam, zwischen dem Schiitentum und dem Sunnitentum. Einzig im Libanon war die Zahl der Christen nennenswert genug, um auch sie in den offenen Kampf um die Vorherrschaft zu ziehen.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an eine historische Debatte im Deutschen Bundestag, die kurz vor Weihnachten 2010 stattfand. Erstmals war damals der weltweite Schutz der Religionsfreiheit zum Gegenstand einer parlamentarischen Beratung in Deutschland geworden. Die Lage von bedrängten und verfolgten Christen stand dabei im Mittelpunkt. Die Debatte im Bundestag verfolgte der Bischof von Bagdad, Shlemon Warduni, auf der Ehrentribüne. Noch am Morgen desselben Tages hatte er mit mir und den Menschenrechtspolitikern meiner Fraktion über die Situation im Irak gesprochen. „Hölle auf Erden“

nannte er die Lage in seiner Heimat und beschrieb mit eindringlichen Worten, wie Christen von Extremisten ermordet und entführt wurden. Der Bürgerkrieg im Irak, so schien es, hatte nach dem Abzug der amerikanischen Truppen gerade seinen Höhepunkt erreicht. Schon im Jahr 2006 hatte eine Terrorgruppe von sich reden gemacht, die gerade die Christen mit unglaublicher Brutalität verfolgte: der „Islamische Staat im Irak“.

Die Vorgeschichte dieser Entwicklung hatte die irakischen Christen bereits hart getroffen. Sie hatten vielfach, gleichsam als Sündenböcke, den Preis für den Irakkrieg der USA zu zahlen. Denn trotz des schnellen Einmarsches der Amerikaner 2003 war die Lage im Land in den folgenden Monaten eskaliert: Gefechte zwischen den Besatzungstruppen und Aufständischen, zunehmend auch Anschläge von Terroristen.

Zwischen Sunniten und Schiiten war ein neuer, echter Krieg um die Vorherrschaft im Irak ausgebrochen.

Jeden Abend zeigten die Nachrichtensendungen in Deutschland die schrecklichen Bilder. Kaum jemand jedoch berichtete in dieser Zeit, dass immer wieder auch die Christen im Visier der islamischen Extremisten standen und grausame Dinge erleiden mussten. Dabei hatte der Exodus der Christen aus dem Irak längst begonnen. Zu Hunderttausenden verließen sie ihre Heimat und suchten Schutz in den angrenzenden Staaten.

*Christen
im Visier
islamistischer
Extremisten*



BILD: © CDU/CSU-BUNDES-
TAGSFRAKTION

*Volker Kauder,
geb. 1949,
Jurist, seit
1990 Mitglied
des Deutschen
Bundestages
und seit 2005
Vorsitzender
der CDU/
CSU-Fraktion
im Deutschen
Bundestag.*

Angesichts der großen humanitären Not war ich dankbar, dass sich der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sehr aufgeschlossen gegenüber der Forderung meiner Fraktion zeigte, einigen der Geflohenen Aufnahme in Deutschland zu gewähren. Minister Schäuble trug einen konkreten Plan zur Aufnahme einer größeren Gruppe von Irakflüchtlingen in Deutschland vor. Dieser sollte jenen helfen, bei denen der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen von einer besonderen Schutzbedürftigkeit ausging. Dafür hatten die Vereinten Nationen einen Katalog von Kriterien entwickelt. Ein wichtiges Kriterium hieß

Bild: © CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Der katholisch-chaldäische Erzbischof von Erbil, Bashar Warda, erklärt dem Vorsitzenden der CDU/



CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder MdB, die Lage der 30.000 christlichen Flüchtlinge aus dem Zentralirak, die er auf dem Gelände seiner Diözese notdürftig beherbergt, August 2014.

„Angehörige von religiösen Minderheiten“. Ungefähr die Hälfte der aufzunehmenden Flüchtlinge waren Christen.

Aber gleichzeitig kann eine solche Aufnahme ganzer Gruppen nur das letzte Mittel unserer Politik sein. Denn dieses Mittel trägt, wie wir vielfach gesehen haben und wie uns vor allem auch die geistlichen Führer der betroffenen Gemeinschaften verdeutlicht haben, erst recht dazu bei, die Verwurzelung dieser Gemein-

schaften, die langen Traditionen in ihrer Heimat mit einem Schlag zu zerstören. Eine Rückkehr ist kaum mehr möglich.

Die Kirchen im Irak können auf eine der reichsten und ältesten Traditionen im Christentum verweisen. In ihrer Liturgie, aber auch im Alltag findet die Sprache Christi, das Aramäische, noch immer Verwendung. Die Christen bilden hier nicht nur eine Religionsgemeinschaft, sondern sehen sich auch hinsichtlich ihrer kulturellen und ethnischen Identitäten eng miteinander verbunden, auch über die Grenzen der Kirchen hinaus, von denen es hier zahlreiche gibt. Die wichtigsten Gruppen sind die Chaldäer, die Assyrer und die Syrer, die jeweils eigene Kirchen, teilweise sogar unterschiedliche Konfessionen ausprägen. Etwa drei Viertel der irakischen Christen gehören der Chaldäisch-Katholischen Kirche im Irak an, die seit dem 16. Jahrhundert mit Rom vereinigt ist. Der Patriarch als ihr kirchliches Oberhaupt hat seinen Sitz in Bagdad. Daneben sind die Assyrische Kirche des Ostens und die Alte Kirche des Ostens (Ostsyrische Tradition) sowie die Syrisch-Orthodoxe Kirche und die Syrisch-Katholische Kirche (West-syrische Tradition) die wichtigen Kirchen des Landes. Auch eine Gruppe armenischer Christen lebt im Irak. Die Römisch-Katholische Kirche und verschiedene evangelische Kirchen und Gemeinden weisen nur geringe Mitgliederzahlen auf.

In der Moderne haben sich Christen in den städtischen Zentren des Iraks angesiedelt. Traditionell waren sie allerdings im Norden des Landes ansässig, etwa in der sogenannten Ninive-Ebene westlich und nord-west-

lich der zweitgrößten irakischen Stadt Mossul (dem antiken Ninive). Hier gab es bis zu den Vertreibungen durch die Terroristen des IS im Jahr 2014 noch zahlreiche Dörfer und Städte mit einer christlichen Mehrheitsbevölkerung, etwa die Stadt Karakosch. In Mossul selbst, einer Millionenstadt mit einer einstmalig starken christlichen Bevölkerung und mehr als 50 Kirchen – darunter mehreren Bischofssitzen –, bildete die Vertreibung der letzten Christen nach der Einnahme durch die IS-Terroristen nur den traurigen Abschluss einer längeren Entwicklung.

Angesichts der Gewalt und Diskriminierung, die sie in vielen Landesteilen des Irak zu erdulden hatten, sahen viele Christen schon seit den frühen Jahren des neuen Jahrhunderts noch weiter nördlich, in der autonomen Region Kurdistan-Irak, eine Zuflucht. Befördert wurde dies durch die Regionalregierung in Kurdistan, die in den vergangenen Jahren viel Geld und politische Energie in die Wiederansiedlung von Christen in ihren historischen Siedlungsräumen investiert hat. So wurden zahlreiche christliche Dörfer, die in den 1970er und 1980er Jahren von der Zentralregierung zerstört worden waren, wieder aufgebaut. Geld für den Erhalt und Ausbau von Kirchen wurde bereitgestellt und Landstreitigkeiten mit anderen Volksgruppen durch Ausgleichszahlungen der Regionalregierung beigelegt. Der Finanzminister der kurdischen Regionalregierung, Sarkis Aghajan, selbst ein Christ, spielte dabei eine wichtige Rolle. Deutlich sichtbar ist die Präsenz christlichen Lebens in der Vorstadt Ankawa, die nahe der Regionalhauptstadt Erbil und unweit

des internationalen Flughafens liegt und deren 30.000 Einwohner fast ausschließlich Christen sind. Aber



Bild: © CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Christliche Flüchtlinge erklären den westlichen Besuchern die Umstände ihrer Vertreibung durch den IS, Erbil August 2014.

auch in den anderen Städten Kurdistans leben Christen in relativer Sicherheit. In den Bergen sind dank des Wiederansiedlungsprogramms christliche Dörfer erneut aufgebaut worden. Ein großes Problem für die Christen, die in den vergangenen Jahren aus dem Zentralirak hierher gekommen sind, ist jedoch die hohe Arbeitslosigkeit. Es fehlen Bildungs-



angebote und soziale Einrichtungen. Als einstige Angehörige einer urbanen Mittelschicht bringen sie häufig nicht die Voraussetzungen für ein Leben im ländlich geprägten Kurdis-

Wildes Lager jesidischer Flüchtlinge bei Dohuk/ Region Kurdistan-Irak, November 2014.

tan mit. Zudem stellt die kurdische Sprache, die eine Voraussetzung für alle Stellen im öffentlichen Dienst ist, eine hohe Hürde für die zumeist arabischsprachigen Flüchtlinge aus dem Zentralirak dar.

In den letzten Monaten, nach den Vertreibungen des Sommers 2014, ist eine weitere knappe Million Menschen in den kurdischen Nordirak geflüchtet. Die Lage hat Vertreter der christlichen, aber auch der jesidischen Minderheit dazu gebracht, einen alten Plan erneut zu beraten: Sie fordern eine autonome Zone, ein eigenes Gebiet, das sie unter den Schutz der internationalen Gemeinschaft gestellt wissen wollen. In der Not und Verunsicherung, die die Vertreibung begleitet haben, sind einige Christen zu der Überzeugung gelangt, weder den irakischen noch den kurdischen Verantwortlichen trauen zu können. Sie sehen sich einer Umgebung ausgesetzt, die kein Interesse an ihrem Schutz oder überhaupt an dem Fortbestand ihrer Gemeinden hat.

Mir sind diese Überlegungen auch

anlässlich meines letzten Besuchs in Erbil vorgestellt worden – aber auch von den Angehörigen der irakischen Christen hier in Deutschland. Wenn gleich ich gut nachvollziehen kann, wie die Gedanken entstanden sind, muss ich auf die erheblichen Risiken hinweisen, die mit diesen Plänen einer autonomen Region verknüpft sind, die in der Ninive-Ebene gegründet werden soll.

Spätestens seit dem schrecklichen Geschehen um Srebrenica im bosnischen Bürgerkrieg müssen wir uns fragen, ob es hier tatsächlich einen echten Schutz durch die internationale Gemeinschaft geben könnte. Eine internationale Schutztruppe, die im ungünstigsten Fall auf Dauer in der Region stationiert sein müsste, kann eine Enklave, eine ganze Region nicht schützen, wenn sie nicht von den Nachbarn grundsätzlich akzeptiert wird. Zudem sehe ich nicht, woher die militärischen Mittel für ein solches Mandat kommen sollten, das ja durchaus robust ausgestattet sein müsste. Schließlich handelt es sich um eine Region innerhalb eines

bestehenden Staates, der sein Einverständnis zu einer solchen Enklave geben müsste. Ein solches Einverständnis kann ich nirgends erkennen.

Eine eigene Region mit eigenen Territorialkräften wäre auch ein Schritt hin zur Schwächung der breiten Allianz gegen den IS. Dabei ist ein Sieg über diesen schrecklichen, sektiererischen Nihilismus am ehesten denkbar, wenn sich alle Kräfte, die Säkularen wie die Religiösen, zusammenschließen. Ein Ausscheren wird auf Dauer das Gegenteil dessen zu Folge haben, was diejenigen, die eine Rückzugszone für die Minderheiten befürworten, suchen: Wenn die in Kurdistan und – weniger – im Irak noch bestehende Vielfalt der Bevölkerung und der Kulturen aufgetrennt wird, werden alle schwächer. Der scheinbar selbstbewusste, starke Schritt in ein eigenes Gebiet wäre aus meiner Sicht der erste Schritt hin zu einem Ende der christlichen Präsenz und Kultur im Irak, ja, in der ganzen Region. Es ist bitter, bemerken zu müssen, dass genau dies sich im Nachgang des Ersten Weltkriegs auch schon einmal so vollzogen hat – der Versuch der chaldäischen-assyrischen Gemeinschaft, sich eine Heimstatt zu ertrotzen, ist in den 1930er Jahren blutig gescheitert.

Ich bin der Überzeugung, dass das Bild der Hefe, das ich von Christen des Nahen Ostens oft gehört habe, eine bessere Chance für die Kirchen beschreibt. Als die Hefe ihrer Staaten, als das Salz kann auch eine zahlenmäßig kleine Gemeinschaft viel bewirken – und hat in der Vergangenheit immer wieder viel erreicht. Die Existenz der Christen in ihrer traditionellen Heimat ist

eine Herausforderung für einen arabisch-muslimischen Einheitsstaat, den es so nie gegeben hat, auch wenn er in den Auseinandersetzungen dieser Tage gespenstisch aktuell ist. Die Chance einer Lösung liegt in der Fortexistenz der Christen in ihrer Heimat. Diese Existenz steht für die Idee einer modernen Staatsbürgerschaft, die nicht an eine Religionszugehörigkeit gekoppelt ist. Auf diese Weise, über die Verhinderung der Vereinheitlichung eines seit jeher vielfältigen Kulturraumes helfen sich die Christen nicht nur selbst, sie können so auch den anderen Gemeinschaften helfen. Wenn sie sich hingegen von der Welle der Trennung und Vereinzelung erfassen lassen, werden sie als zahlenmäßig schwächste Gruppe ihre Heimat schlicht verlieren, anstatt sie zu gewinnen. Wenn der Irak selbst keine Heimat für Christen sein kann, dann wird auch keine christliche Heimstatt, eine Provinz oder Schutzzone im Irak bestehen können.

Alle diejenigen, die ein Interesse an einem Fortbestand des Christentums im Irak haben, müssen darum ringen, den Irak oder zumindest die Region Kurdistan-Irak als vielfältigen und multireligiösen Staat zu erhalten. Grundlage dafür ist schon heute, dass die Religionsfreiheit auch und gerade der Christen geachtet und geschützt wird.

Das allerdings ist eine Zusage, die alle Verantwortlichen ohne Vorbehalt geben müssen. Wir stehen den Christen in diesem Kampf um vorbehaltlose Anerkennung bei. ●

*Vielfältiger
Kulturraum
muss erhalten
bleiben*



Bild: © CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

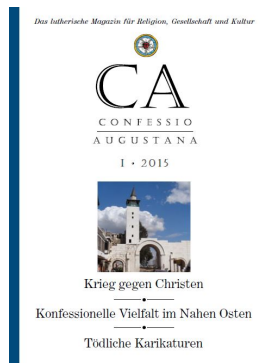
Zeltstation zur Behandlung traumatisierter Frauen – meist aus religiösen Minderheiten – bei Dohuk/Region Kurdistan-Irak, November 2014.

Dieser Artikel ist ein Auszug aus der Zeitschrift:

CA - Confessio Augustana

Das Lutherische Magazin für Religion,
Gesellschaft und Kultur

Krieg gegen Christen - Christen im Nahen Osten



Heft 1 / 2015

CA wird herausgegeben von der Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche e.V.
<http://www.gesellschaft-fuer-mission.de>

Weitere Artikel stehen unter <http://confessio-augustana.info>
zum Herunterladen bereit.

Gesellschaft für Innere und Äußere Mission im Sinne der lutherischen Kirche e.V.
Missionsstraße 3
91564 Neuendettelsau
Tel.: 09874-68934-0
E-Mail.: info@freimund-verlag.de